

Leserbriefe zur Zersiedelungsinitiative

Die Abstimmung über die Zersiedelungsinitiative naht - viele Leserinnen und Leser haben sich mit Briefen zu Wort gemeldet und beziehen Stellung. Eine erste Auswahl an Pro- und Contra-Stimmen.

Die Jungen Grünen liegen richtig

Meinungsbeitrag zur Abstimmung vom 10. Februar über die Zersiedelungsinitiative

Die Jungen Grünen wollen die Schweiz davor bewahren, zubetoniert zu werden. Wollen wir das nicht alle?

Obwohl ich nicht Mitglied der Grünen bin: Hut ab, aber hier liegen sie richtig! Seit 50 Jahren wird von der Politik über die Zubetonierung der Landschaft debattiert, passiert ist nichts. Dank der Zweitwohnungsinitiative müssen Bund, Kantone und Gemeinden endlich über die Bücher. Doch auch hier versucht die Politik, den Willen der Mehrheit der Bürgerinnen zu verwässern.

Ich bin für ein Ja zur Zersiedelungsinitiative, denn ich sehe seit Jahrzehnten, wie eine Grünfläche nach der anderen einem Einfamilienhaus weichen muss. Der Sensebezirk ist ein Paradebeispiel, wie man es nicht machen sollte. Im Sensebezirk haben sich seit meiner Kindheit in den 1970er-Jahren Dörfer um 50 bis 100 Prozent ausgedehnt. Das ist auf Fotos von früher deutlich zu sehen. Falls es wirklich mal hart auf hart kommt und wir unseren Selbstversorgungsgrad erhöhen müssen, sind wir froh um jeden Quadratmeter Landwirtschaftsfläche.

Wir müssen nutzen, was wir bereits gebaut haben, Häuser abreißen und neu bauen oder aufstocken und verdichtet bauen. Wir haben bereits genug Boden in Beschlag genommen. Wir müssen nicht



Die Überbauung im Düdinger Brieglipark.

Bild ae/a

wachsen, wir müssen mehr Lebensqualität in das bereits Verbaute investieren. Die Gier ist unersättlich, das Geld viel zu billig und die Argumente der Politik nerven mich. Zur radikal sei die Initiative. Aber sie hat nur einen Gegenvorschlag: Nichts tun und zubauen bis zum bitteren Ende, als würden wir nie sterben und dann sterben wir und haben nie wirklich für die Zukunft gelebt.

Ich stimme für die Zersiedelungsinitiative, damit stimme ich für unsere Nachkommen.

Mauritz Boschung, Plaffeien

Schlechte Lösung für die Randregionen

Meinungsbeitrag zur Abstimmung vom 10. Februar über die Zersiedelungsinitiative

Am 10. Februar 2019 stimmen wir über die Zersiedelungsinitiative ab. Diese Vorlage

würde die Berggebiete und die Randregionen der Schweiz empfindlich schwächen. Die undifferenzierte und unbefristete Einfrierung der Gesamtfläche der Bauzonen würde in diesen Teilen unseres Landes zu einer sofortigen Verknappung des Baulandes führen. Die Immobilienpreise würden schlagartig in die Höhe schiessen, was den Zuzug neuer Einwohner und neuer Unternehmen behindern würde. Umgekehrt würde sich die Landflucht verstärken, da die Einwohner und besonders die Familien gezwungen wären, in die Agglomerationen zu ziehen, um den hohen Mietpreisen und dem Mangel an Arbeitsplätzen auszuweichen.

Das sind schlimme Folgen für eine Volksinitiative, die eigentlich gar nicht nötig ist. Bund und Kantone haben seit 2012 das Problem der Zersiedelung in die Hand genommen. Das neue Raumplanungs-

gesetz bremst die Zersiedelung, indem die Siedlungsentwicklung nach innen gefördert und das Kulturland besser geschützt wird. Die Lösung ist im Gang. Die Massnahmen des neuen Gesetzes müssen nun ihre volle Wirkung entfalten. Sie zeigen bereits positive Auswirkungen: So sank die Bauzonefläche pro Person zwischen 2012 und 2019 um rund 6 Prozent von 309 auf 291 Quadratmeter. Es wäre nun kontraproduktiv, in diesen wirksamen Prozess einzugreifen. Am 10. Februar stimme ich gegen die Zersiedelungsinitiative.

Christine Bulliard-Marbach, Nationalrätin CVP, Ueberstorf

Auch Städte wären die Leidtragenden

«Grüne Magistraten gegen Städteverband» - FN vom 29. Januar 2019

Die Vertreter der Grünen in den Gemeindeexekutiven täten besser daran, sich auf ihre kommunale Politik zu beschränken, als sich für die Zersiedelungsinitiative einzusetzen. Vielleicht haben sie einfach noch nicht gemerkt, dass sie bei Annahme der radikalen Einzonungsstopp-Forderungen die Leidtragenden wären. Sie verlieren ihre raumplanerischen Kompetenzen und werden sich künftig in mühsamen Abtauschgeschäften von Restbauzonen aufreiben. Nicht umsonst hat der Städteverband die Nein-Parole ausgegeben. Ich stimme Nein zur Initiative.

Otto Loetscher, Ammann, Plaffeien

Problematisch sind die Unionsbürgerschaft und die Lohnschutzmassnahmen. Der Rahmenvertrag ist ein Regulativ primär für die wirtschaftlichen Beziehungen Schweiz-EU. Die Unionsbürgerschaft ist aber in erster Linie ein integratives Element und hat somit hier nicht zu suchen. Die Schweiz ist ja bekanntlich nicht Mitglied der EU. Anders ist hingegen die Stellung der Lohnschutzmassnahmen, welche die EU stark abbauen will. Das ist keine gute Idee! In der Tat ist die Kaufkraft des Frankens um einiges grösser als diejenige des Euros. Es gibt sogar Länder, in denen das Verhältnis Franken-Euro eins zu zehn ist (1:10). Da ist es für ausländische Firmen verlockend, in der Schweiz Arbeiten auszuführen, zu Schweizer Preisen mit Löhnen des jeweiligen Herkunftslandes. Das gibt ihnen satte Gewinne, doch die hiesigen Arbeitnehmer und KMU haben das Nachsehen. Diese werden zu Verlierern der für die EU wichtigen Freizügigkeit, was zwangsläufig zum Ergebnis führt, dass sie die EU negativ betrachten. Und wenn dann die Rechtspopulisten zum Halali gegen die EU blasen, erliegen sie deren süssen Versprechungen und Verführungen, dass ohne Globalisierung und ohne EU alles besser wäre. Und das muss verhindert werden.

Will die EU derlei? Das kann mit Fug und Recht verneint werden. Überall sind die Nationalen auf dem Vormarsch und bedrängen die EU. Somit wäre diese gut beraten, dem Schweizer Wunsch nach einem starken Lohnschutz Folge zu leisten. Ob es allerdings einen Vorlauf von acht Tagen braucht, darf bezweifelt werden, es sei denn, die Gewerkschaften arbeiten noch steinzeitlich mit Rauchzeichen, ohne Schreibmaschine und Telefon.

Markus Escher, Corminboeuf